



Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses der Stadt Weener (Ems) am 16.11.2017, um 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Osterstraße 1, 26826 Weener.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Klaas-Enno Haken

Bürgermeister

Ludwig Sonnenberg

Zweite stellvertretende Bürgermeisterin

Hildegard Hinderks

Vertretung für Herrn Reinhard Schüür

Dritter stellvertretender Bürgermeister

Nico Bloem

Mitglieder

Wilfried-Dieter Dreesmann

Lars Klinkenborg

Johanne Pastoor

Kim Uwe Siemons

Hannelore Wloka-Schoon

Vertretung für Herrn Thomas Sowade

beratende Mitglieder

Udo Becker

Marianne Schüür-Buntjer

Verwaltung

Hermann Welp

Xenia Nording

Traute Abbas

Angelika Janßen-Harms

Kerstin Beier

Erster Stadtrat

Fachbereichsleiterin

Stellvertretende Fachbereichsleiterin

Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Reinhard Schüür

Thomas Sowade

beratende Mitglieder

Elke Martini

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Jugend- und Sozialausschusses, die Vertreter der Presse, den anwesenden Zuhörer sowie die Vertreter der Verwaltung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 31.08.2017

einstimmig beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen

TOP 3 Antrag der Gruppe UGFG gemäß § 56 NKomVG zum Thema "Free for All-Festival" vom 30.10.2017
Vorlage: AT/2017/2153

Ausschussmitglied Klinkenborg berichtet, dass er gehört habe, dass das Festival auch im kommenden Jahr 2018 ausfallen solle. Er erkundigt sich, inwiefern Sicherheitsbedenken eine Rolle spielen und wie es in diesem Zusammenhang möglich sein konnte, dass die Veranstaltung gleichwohl in den vergangenen Jahren stattfinden konnte. Das Festival sei seit vielen Jahren fester Bestandteil des kulturellen Angebotes und stoße auf ein breites Interesse in der Bevölkerung. Zudem dürfe man nicht die Jugendlichen aus dem Blick verlieren. Für diese gebe es nicht mehr viele Angebote in der Stadt Weener (Ems). Er erkundigt sich, ob das Festival in irgendeiner Form wieder stattfinden könne.

Bürgermeister Sonnenberg teilt mit, dass im Jahr 2017 eine Absage des Festivals aus Sicherheitsgründen zwingend erforderlich war. Auch die damalige Sperrung des Möhlenweges habe zu der Entscheidung beigetragen. Die Absage erfolgte im Einvernehmen mit den Veranstaltern sowie allen Beteiligten, darunter Polizei, DRK und Feuerwehr. Hintergrund der Gründung des Festivals durch den damaligen Stadtjugendpfleger war, Nachwuchsgruppen die Möglichkeiten zu bieten, sich zu präsentieren. Das Publikum beschränkte sich seinerzeit auf nur ein paar hunderte Besucher. In den Jahren danach seien immer mehr bekannte Musikgruppen hinzugekommen und auch die Besucherzahlen seien stetig gewachsen. Dass die Festivals in den vergangenen Jahren positiv und ohne Zwischenfälle verlaufen seien, sei kein Argument für eine bedenkenlose Fortsetzung der Veranstaltung. „Free for all“ habe sich zu einer kommerziellen Großveranstaltung entwickelt, die in dieser Form nicht länger im Ortskern stattfinden könne, sondern auf eine freie Fläche verlegt werden müsste. Der bisherige Standort sei aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen befinde er sich in einem reinen Wohngebiet, wo entsprechend strenge Lärmschutzrichtlinien gelten, die bei der derzeitigen Größe des Festivals nicht eingehalten werden können. Hier erinnert die Verwaltung an die Situation bezüglich der Lärmproblematik anlässlich der Möhlenwarfer Sportwoche von vor einigen Jahren. Auch die bisherige Parksituation sei höchst problematisch, so dass sich für die Besucher das Parken sowie die An- und Abreise schwierig gestalteten. Zum anderen stelle sich insbesondere aus Sicherheitsgründen grundsätzlich die Frage, ob der bisherige Standort im Stapelmoorer Park für eine Veranstaltung dieser Dimension noch vertretbar sei. Die Sicherheitsauflagen seien in den vergangenen Jahren unter anderem aufgrund der Terrorgefahr gestiegen. Zum Thema Sicherheit seien auch mehrere Gespräche mit der Polizei geführt worden. Letztendlich stehe die Stadt bei Erteilung einer Genehmigung in der Verantwortung. Es sei daher unabdingbar, dass alle Auflagen auch eingehalten werden.

In Gesprächen hätten die Veranstalter bekräftigt, dass sie das Festival weiterführen möchten. Betont wurde auch, dass die Veranstaltung in Stapelmoor ihren Ursprung habe und dieser möglichst bestehen bleiben solle. Gleichwohl signalisierten die Veranstalter Verständnis für die Belange der Stadt. Bürgermeister Sonnenberg berichtet zudem, dass er das Stadtgebiet bereits nach alternativen Standortflächen abgeklopft, jedoch keine geeignete gefunden habe. Über den Landkreis Leer habe er zusätzlich angefragt, ob sich im übrigen Gebiet des Landkreises Flächen anböten. Bislang konnte jedoch keine Ersatzfläche gefunden werden.

Ratsmitglied Siemons zufolge habe im Zuge der Absage des Festivals in diesem Jahr das „Fingerspitzengefühl“ gegenüber den Veranstaltern sowie den eingeplanten Musikgruppen gefehlt. Der entstandene Lärm sei bislang seitens der Anwohner immer akzeptiert worden. Das Festival habe Alt und Jung zusammengebracht, die friedlich zusammen feierten. Die hohe Besucherzahl habe sich über den gesamten Zeitraum des Festivals verteilt, selbst zu späterer Stunde sei es jedoch nie zu einem Gedränge gekommen. Die SPD-Fraktion fordere die Verwaltung auf, zu prüfen, welche Voraussetzungen für eine erneute Auflage des Festivals erfüllt sein müssen und welche Alternativen möglich seien. Die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes obliege den Veranstaltern, nicht der Verwaltung. Grundsätzlich solle das Festival am Standort Stapelmoor erhalten bleiben. Es sei zu bezweifeln, dass sich bei der Wahl eines alternativen Standortes ausreichend Helfer finden werden. Zudem solle man die Durchführung des Festivals und anderer Veranstaltungen nicht angstbesetzt betrachten. Werde das „Free for All-Festival“ als risikoreich eingestuft, müssten auch alle anderen Veranstaltungen im Stadtgebiet einer Prüfung unterzogen werden.

Zweite stellv. Bürgermeisterin Hinderks betont, dass es sich bei dem Festival um eine einzigartige Veranstaltung handele, die in kleinem Rahmen ihren Anfang nahm und sich massiv vergrößert hat. Die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes stehe an erster Stelle, dies sei Aufgabe der Veranstalter. Begrüßenswert wäre es ihrer Ansicht nach, Vertreter des Landkreises und der Polizei zu dieser Thematik anzuhören. Die CDU-Fraktion spreche sich für die Durchführung der Veranstaltung aus, jedoch nur, wenn die Sicherheit auch gewährleistet sei.

Bürgermeister Sonnenberg und die Verwaltung betonen, dass die vorgetragenen Gründe zugunsten einer Fortführung der Veranstaltung in bisheriger Form aus privater Sicht in jedem Falle nachvollziehbar seien, die Stadt jedoch die Sichtweise einer Genehmigungsbehörde zu vertreten habe und an die geltende Rechtsprechung gebunden ist. In der derzeitigen Form sei das Festival nicht genehmigungsfähig. Betont werden müsse auch, dass es nicht Aufgabe der Verwaltung sei, ein Sicherheitskonzept für eine kommerzielle Veranstaltung für einen Veranstalter zu erstellen.

Das beratende Mitglied Schüür-Buntjer erkundigt sich, welche Auswirkungen die Ablehnung des Festivals aus Lärmschutzgründen auf andere Veranstaltungen wie Märkte und Feste habe. Die Verwaltung erläutert hierzu, dass jede Veranstaltung einzeln für sich zu betrachten sei. Das Free for All-Festival sei im Vergleich zu anderen Veranstaltungen besonders lärmintensiv, darüber hinaus gelten am Standort Stapelmoor als festgesetztes Wohngebiet deutlich strengere Lärmschutzauflagen als im Innenstadtbereich.

Ausschussmitglied Wloka-Schoon betont, dass ein Weg gefunden werden müsse, das Festival auch stattfinden zu lassen. Es sollte entweder eine alternative Fläche gefunden oder eine Bürgerveranstaltung abgehalten werden, um die Genehmigung durch die Bürger für die Veranstaltung zu erhalten. Vonseiten der Verwaltung erhalte sie den Eindruck, dass diese nicht gewillt sei, die Veranstaltung durchzuführen.

Zweite stellv. Bürgermeisterin Hinderks schlägt vor, das Festival zu verkleinern, so dass es wieder genehmigungsfähig wird.

Ausschussmitglied Klinkenborg schlägt vor, die Besucherzahl generell zu begrenzen und für eine bessere Kontrolle Eintrittsgelder zu nehmen. Das Festival sei seiner Ansicht nach nicht

kommerziell, sondern werde von einer Vielzahl an Ehrenamtlichen getragen. Ein Ortswechsel wäre für das Festival „tödlich“. In Hinblick auf den Besucherandrang sei zudem der Gallimarkt im Vergleich deutlich voller und lärmintensiver.

Bürgermeister Sonnenberg zufolge müsse die Größe des Festivals in der Tat überdacht werden, um die Besucherzahl zu minimieren, zudem sei ein umfangreiches Sicherungskonzept zu erstellen. Die Verwaltung sei gerne bereit, dieses dann zu prüfen.

Ausschussmitglied Wloka-Schoon schlägt als Beschlussvorschlag vor, die Verwaltung zu beauftragen, in Gesprächen mit dem Veranstalter zu klären, wie das Festival am bisherigen Standort weitergeführt werden könne.

Ausschussmitglied Becker teilt mit, dass die Verwaltung den Eindruck erwecke, das Festival generell nicht mehr zu wollen. Die Stadt kümmere sich zudem insgesamt nicht ausreichend um die Jugend. Er gibt darüber hinaus zu bedenken, dass für Veranstaltungen auch Ausnahmegenehmigungen zu erwirken seien.

Ausschussmitglied Dreesmann beklagt die hohen Auflagen für Veranstalter. Er erinnert daran, dass die Festivalveranstaltungen der Meyer Werft auch Genehmigung finden.

Ausschussmitglied Klinkenberg fordert die Verwaltung auf, alle Möglichkeiten für Ausnahmegenehmigungen zu überprüfen.

Bürgermeister Sonnenberg betont, dass die Verwaltung alles daran setzen werde, dass das Festival wieder im Stapelmoorer Park stattfinden könne, die rechtlichen Vorgaben jedoch zwingend eingehalten werden müssen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf die Formulierung des Beschlussvorschlages.

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, mit den Veranstaltern des Festivals „Free for all“ sowie allen weiteren einzubindenden Institutionen Kontakt aufzunehmen, um im Jahr 2018 eine genehmigungsfähige Veranstaltung im Stapelmoorer Park zu erreichen.

einstimmig beschlossen

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

**TOP 4 Antrag der Gruppe UGFG gemäß § 56 NKomVG zum Thema "Spielplätze im Stadtgebiet Weener" vom 30.10.2017
Vorlage: AT/2017/2154**

Ausschussmitglied Wloka-Schoon kritisiert, dass zu viele Spielplätze in einem zu geringen Umkreis angelegt seien. Viele der Spielplätze seien in keinem guten Zustand. Sie schlage daher vor, nur wenige Spielplätze zu halten und diese attraktiv auszustatten und zu gestalten. Möglich seien Abenteuer- oder Mehrgenerationsspielplätze, die es den Kindern ermöglichen, kreativ zu werden. Bei der Ausstattung der Spielplätze sollten die Kinder bzw. Jugendlichen eingebunden werden.

Die Verwaltung erläutert, dass die Vielzahl der Spielplätze im Stadtgebiet auf dem Niedersächsischen Spielplatzgesetz von 1973 basiere, welches im Jahr 2008 aufgehoben wurde. Auch die Verwaltung sei der Ansicht, dass es sinnvoll sei, die Zahl der Spielplätze zu reduzieren und die verbliebenen besser auszustatten. Hintergrund seien der erforderliche Pflege- und Wartungsaufwand (auch aus Haftungsgründen) und die damit verbundene notwendige regelmäßige Spielplatzkontrolle. Die Verwaltung schlägt einen Beschlussvorschlag vor, in dem die Verwaltung beauftragt wird, ein Konzept für die Optimierung der im Stadtgebiet befindlichen Spielplätze zu erstellen.

Zur aktuellen Situation erläutert sie weiter, dass seit dem Jahr 2010 abgängige Holzspielgeräte durch Geräte aus Metall ersetzt werden. Die Spielplätze seien jeweils mit einer Grundausstattung versehen, die einer DIN Norm entspricht und an die Altersstufe sechs bis zwölf Jahre gerichtet ist. In Einzelfällen seien auch Spielgeräte eingerichtet, die sich an

Kinder ab drei Jahren richten (EU-Norm). In der Spielplatzsatzung der Stadt aus dem Jahr 2006 wurde eine Nutzung der Spielplätze bis zum Alter von 14 Jahren festgelegt.

Dritter stellv. Bürgermeister Bloem vertritt die Ansicht, dass die Bürger durchaus in die Entscheidung hinsichtlich der Ausstattung der Spielplätze miteinbezogen werden sollten, etwa in Form einer Abstimmung mit den Eltern, jedoch nicht in dem seitens der Gruppe UGFG vorgeschlagenen aufwendigen Rahmen. Die SPD-Fraktion spreche sich dafür aus, die Standorte zu prüfen, diese aber nicht automatisch zu reduzieren. Zu bedenken sei ein möglicher Generationenwechsel an den Standorten, so dass derzeit wenig genutzte Plätze in Zukunft womöglich von deutlich mehr Kindern frequentiert werden könnten. Wichtig sei in jedem Fall, dass die Spielplätze gut gepflegt und in einem attraktiven Zustand gehalten werden.

Zweite stellv. Bürgermeisterin Hinderks teilt im Namen der CDU-Fraktion mit, dass diese die Zahl der Spielplätze als zu hoch ansehe, jedoch auch ihrer Ansicht nach aufgrund eines möglichen Generationenwechsels nicht alle aufzugebenden Spielplätze unmittelbar in Bauplätze umgewandelt werden sollten. Möglich sei, die Flächen zunächst etwa als Blühwiesen anzulegen. Sie schlägt vor, für die Optimierung der Spielplätze auf entsprechende Fördergelder zurückzugreifen. Zu überdenken sei auch eine mögliche Satzungsänderung, da zweifelhaft sei, dass 14-jährige Jugendliche die Spielplätze nutzen. Sie erkundigt sich zudem, ob das für das Haushaltsjahr eingeplante Budget über 20.000 Euro bereits verbraucht sei.

Antwort der Verwaltung: Die Gesamtmittel für das Haushaltsjahr sind bereits auf mehrere Spielplätze verteilt eingesetzt worden.

Ausschussmitglied Wloka-Schoon bekräftigt, dass ihrer Ansicht nach Kinder und Jugendliche in die Wahl der Ausstattung der Spielplätze einbezogen und beim Aufbau womöglich auch selbst tätig werden sollten. Dies könne zu einer Minimierung des Vandalismus führen. Eine Kooperation mit den Schulen sei denkbar.

Das beratende Mitglied Schüür-Buntjer schlägt aufgrund des immensen Aufwands anstelle des Einbeziehens von Kindern und Jugendlichen die Befragung von Betreuungspersonen vor, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und deren Vorlieben einschätzen können.

Ausschussmitglied Dreesmann schlägt vor, seinerzeit geführte Patenschaften mit Ehrenamtlichen wieder aufleben zu lassen. Damals hatten sich Anwohner bzw. Eltern zusammengefunden, um Spielplätze gegen eine Aufwandsentschädigung zu pflegen. Die Verwaltung teilt mit, dass die Abschaffung dieser Patenschaften erfolgte, da die Auszahlung der Entschädigungen sozialversicherungsrechtlich nicht mehr möglich war und zu Prüfungsbeanstandungen geführt hatte. Ausschussmitglied Dreesmann schlägt vor, eine Entschädigung nicht in Form von Geld, sondern auf alternative Weise zu erbringen.

Dritter stellv. Bürgermeister Bloem spricht sich ebenfalls dafür aus, zu versuchen, Eltern langfristig wieder stärker ehrenamtlich einzubinden.

Ratsmitglied Siemons schlägt vor, diesbezüglich mit den Anliegern, Eltern und Kindern vor Ort zu sprechen.

Bürgermeister Sonnenberg betont, dass hinsichtlich der Ausstattung der Spielplätze mit Betreuungspersonen Kontakt aufgenommen werden solle, um den Aufwand zu minimieren. Es stelle überdies einen Spagat dar, alle Spielplätze erhalten zu wollen und diese sämtlich besser auszustatten. Es sei zu prüfen, ob alle bestehen bleiben können.

Die Ausschussmitglieder stimmen über den seitens der Verwaltung eingebrachten Beschlussvorschlag ab.

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept für die Optimierung der im Bereich der Stadt Weener (Ems) eingerichteten Spielplätze für das Jahr 2018 zu erstellen.

einstimmig beschlossen

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Die Verwaltung unterrichtet den Jugend- und Sozialausschuss, dass die Leiterin des Kindergartens Holthusen, Frau Gesine Roskam, mit Schreiben vom 07.11.2017 ihre bereits in den Jahren 2015 und 2016 gestellten Anträge auf einen Anbau an den Kindergarten noch einmal wiederholt hat. Die vorherigen Anträge wurden in einvernehmlicher Absprache mit der Kindergartenleiterin aufgrund der Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Kindergarten Bunte Welt zurückgestellt. Aus diesem Grunde sollte anlässlich der kommenden Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses eine Besichtigung des Kindergartens Holthusen erfolgen. Im Zuge der Haushaltsberatungen 2018 ist dann über den Antrag zu beraten. Der aktualisierte Antrag der Kindergartenleiterin wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 6 Anfragen und Anregungen

- 6.1 Ausschussmitglied Klinkenborg erkundigt sich, ob in der Grundschule Stapelmoor sowie in den weiteren Schulen der Stadt Rauchmelder installiert sind. Er erkundigt sich weiter, ob eine Installation in Schulen verpflichtend ist.
Antwort der Verwaltung: Grundsätzlich gelten hinsichtlich des Brandschutzes in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden andere Auflagen als für Privathaushalte. Grundlage für die Nutzung der städtischen Einrichtungen sind bestehende Baugenehmigungen, die auch den Brandschutz umfassen. Im Zuge größerer baulicher Veränderungen (z.B. Um- und Anbauten, größere Sanierungsmaßnahmen) sind jeweils erforderliche Anpassungen an den Brandschutz erfolgt. Gleichwohl wird der Brand in der Grundschule Stapelmoor zum Anlass genommen, zeitnah nochmals alle städtischen Gebäude hinsichtlich der Anforderungen des Brandschutzes zu überprüfen.
- 6.2 Zweite stellv. Bürgermeisterin Hinderks erkundigt sich, wie viele Asylbewerber derzeit in der Stadt Weener (Ems) untergebracht und wie viele Abschiebungen erfolgt sind. Die Verwaltung teilt mit, dass Stand Mitte September 2017 168 Asylbewerber in der Stadt Weener (Ems) gemeldet waren. Abschiebungen sind nicht erfolgt. Mehrere Personen seien jedoch vonseiten der Stadt abgemeldet worden, da sie sich augenscheinlich nicht mehr im Stadtgebiet aufhalten. Neue Zuweisungen sind nicht erfolgt.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

- 7.1 Ein Bürger spricht sich dafür aus, künftig erneut Rahmenbedingungen für eine mögliche Pflege von Spielplätzen durch Anwohner zu schaffen. Dies stärke die Gemeinschaft und könne überdies zu einem besseren Pflegezustand der Spielplätze führen.

Ende der Sitzung: 19:18 Uhr

Klaas-Enno Haken
Vorsitzender

Ludwig Sonnenberg
Bürgermeister

Hermann Welp
Erster Stadtrat

Kerstin Beier
Protokollführerin